

## Beschluss (vorläufig) Kapitel 6: Berlin funktioniert zuverlässig

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 15.02.2026  
Tagesordnungspunkt: 3. Kapitel 6 des Landeswahlprogramms (Innere Sicherheit, Justiz, Verwaltung, Bezirke, Verwaltungspersonal, Verwaltungsdigitalisierung)

1 In Berlin treffen unterschiedliche Interessen, Lebensentwürfe und Perspektiven aufeinander.  
2 Damit daraus kein Gegeneinander entsteht, braucht es einen Staat, der vermittelt, schützt  
3 und Vertrauen schafft, mit starken Institutionen, einer verlässlichen Verwaltung und echter  
4 Beteiligung. Unser Ziel ist eine Stadt, die für ihre Menschen da ist und von ihnen  
5 mitgestaltet wird: nahbar, handlungsfähig und transparent. Wir Bündnisgrüne wollen das  
6 Vertrauen in die Demokratie stärken, indem wir sie im Alltag spürbar machen – durch agile,  
7 kund\*innenfreundliche Behörden, nachvollziehbare Entscheidungen und einen respektvollen  
8 Umgang zwischen Verwaltung und Bürger\*innen. In Zeiten wachsender Angriffe auf den  
9 gesellschaftlichen Zusammenhalt und auf demokratische Verfahren ist es unsere Verantwortung,  
10 die Institutionen des Landes Berlin zu schützen und zu stärken.

11 Ein starker Rechtsstaat ist für uns die Grundlage eines sicheren und freien Lebens in  
12 Berlin. Zu einer resilienten und sicheren Stadt gehört für uns deshalb auch konsequenter  
13 Klimaschutz, die Stärkung der Demokratie und der Schutz vor Desinformation.

14 Sicherheit entsteht nicht alleine durch Polizeipräsenz, und erst recht nicht durch  
15 anlasslose Überwachung. Sie heißt Schutz vor Diskriminierung, Gewalt, Kriminalität und Hass,  
16 vor existenzieller Not und sozialer Ausgrenzung. Wir setzen auf Prävention, auf eine moderne  
17 Polizei, die Vertrauen schafft, und auf eine Justiz, die gerecht, digital und unabhängig  
18 arbeitet.

19 Gute Politik gelingt nur mit starken Bezirken, motivierten Beschäftigten und einer  
20 Verwaltung, die als Partnerin der Stadtgesellschaft agiert. Wir wollen die Bezirke so  
21 ausstatten, dass sie ihre Aufgaben verlässlich und entsprechend den Bedürfnissen vor Ort  
22 erfüllen können und klare Verantwortlichkeiten schaffen. Die Digitalisierung wollen wir  
23 konsequent nutzen, um Berlin unbürokratischer, effizienter und transparenter zu machen.  
24 Digitalisierung ist für uns kein Selbstzweck, sondern ein Werkzeug, das Zeit spart, Teilhabe  
25 ermöglicht und den öffentlichen Dienst zukunftsfest macht. Zukunftsfest heißt auch, sich  
26 nicht von globalen Tech-Konzernen abhängig zu machen. Digitale Souveränität muss gerade in  
27 einer Zeit der geopolitischen und technologischen Umbrüche zur Grundlage unseres Handelns  
28 werden. So schaffen wir ein Berlin, das verlässlich handlungsfähig ist, Verantwortung  
29 übernimmt und für alle da ist.

### 30 **6.1. Innere Sicherheit – Freiheit und Schutz für alle**

31 Wir Bündnisgrüne kämpfen für ein Berlin der Freiheit, in dem alle Menschen sicher sein  
32 können. Jeder Mensch hat ein Recht auf ein Leben frei von Gewalt und es ist Aufgabe des  
33 Staates Sicherheit und Schutz für alle Menschen zu garantieren. Wir stehen für ein  
34 Sicherheitsversprechen, das für alle Menschen gleichermaßen gilt. Wir werden nicht  
35 hinnehmen, dass Frauen in Deutschland Tag für Tag Opfer von Femiziden und körperlicher  
36 Gewalt sind oder dass jüdische Menschen, BIPOC und andere marginalisierte Gruppen sich nicht  
37 frei bewegen können. Wir treten ein für eine Sicherheitspolitik, die wissenschaftliche  
38 Erkenntnisse in den Mittelpunkt stellt. Statt aktionistischer Symbolpolitik rücken wir die  
39 tatsächlichen Alltagsnöte der Berliner\*innen und Sicherheitsbehörden in den Fokus. Unsere

40 Innenpolitik bekämpft nicht nur Symptome, sondern die Ursachen. Armut, Perspektivlosigkeit  
41 und fehlende Teilhabe sind zentrale Kriminalitätstreiber. Wir unterstützen daher die  
42 sozialen Träger und Initiativen, die in der ganzen Stadt der Garant für die soziale  
43 Infrastruktur und damit eine zentrale Säule für ein sicheres Berlin sind. Wir sorgen dafür,  
44 dass die Sicherheitsbehörden handlungsfähig sind und sich auf ihre Kernaufgaben  
45 konzentrieren können: die Verhinderung und Verfolgung von Straftaten. Wo der größte Schaden  
46 für die Gesellschaft entsteht, braucht es einen hohen Verfolgungsdruck. Wir sorgen dafür,  
47 dass sich Geschäfte der Organisierten Kriminalität in Berlin nicht mehr lohnen. Wir stärken  
48 die Bekämpfung von Onlinekriminalität und Hasskriminalität im Netz, schützen das Grundrecht  
49 auf informationelle Selbstbestimmung und die Informationsfreiheit und machen Berlin  
50 resilient gegen Cyberangriffe. Wir beenden die Symbolpolitik des Wegner-Senats, die die  
51 Sicherheitslage nicht verbessert. Ganz im Gegenteil: Darunter leiden Grund- und  
52 Freiheitsrechte der Berliner\*innen, aber auch die Sicherheitsbehörden selbst.

53 Vertrauen und Sicherheit vor Ort stärken

54 Prävention ist die beste Form der Kriminalitätsbekämpfung. In den Kiezen, die stark von  
55 Kinderarmut, fehlender Teilhabe und Perspektivlosigkeit geprägt sind, werden wir die  
56 Angebote der Jugendsozial- und Jugendkulturarbeit, insbesondere für junge Männer, absichern,  
57 um junge Berliner\*innen in schwierigen Lagen nicht alleinzulassen und sie dabei zu  
58 unterstützen, selbstbestimmte Zukunftsperspektiven zu entwickeln. Wir Grüne wollen Ansätze  
59 des Community Policing in die Fläche bringen, um das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden zu  
60 erhöhen und das Sicherheitsgefühl zu stärken. Dazu zählen mehr Kontaktbereichsbeamt\*innen  
61 als lokale Ansprechpersonen, die Ausweitung von Fahrradstreifen und Präsenz an  
62 hochfrequentierten Orten oder Hotspots, auch mit mobilen Wachen und Kiezläufer\*innen.  
63 Aufklärung, Beratung und Hilfe sind für uns genauso wichtig wie die enge und klar  
64 strukturierte Zusammenarbeit mit den Akteur\*innen vor Ort.

65  
66 Der Umgang mit psychisch erkrankten Personen stellt im Polizeialltag eine der größten  
67 Herausforderungen dar. Für Menschen mit psychischen Erkrankungen oder Personen, die  
68 wiederholt mit psychischen Ausnahmezuständen in polizeilichen Maßnahmen landen, müssen  
69 einzelfallspezifische Maßnahmen ergriffen werden. In Fallkonferenzen mit allen beteiligten  
70 Institutionen und medizinisch-qualifizierten Expert\*innen können Bedarfe frühzeitig erkannt  
71 und die Überführung ins Hilfesystem abgesichert werden.

72 Sicherheitskräfte stärken und Arbeitsbedingungen verbessern

73 Damit Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst ihre Aufgaben auch morgen noch erfüllen können,  
74 muss die Personalplanung dem demografischen Wandel Rechnung tragen. Wir wollen die  
75 Polizeiausbildung noch attraktiver machen und die Arbeitsbedingungen, z. B. durch  
76 familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, verbessern. Für moderne Sicherheitsbehörden ist eine  
77 echte Fehlerkultur unverzichtbar. Bei Rassismus, Diskriminierung und Sexismus darf nicht  
78 weggeschaut werden. Fälle von Polizeigewalt und willkürlichem Handeln müssen ernsthaft  
79 aufgearbeitet werden, denn sie schaden Betroffenen, aber auch Polizist\*innen die jeden Tag  
80 rechtsstaatlich, emphatisch und rücksichtsvoll handeln. Wir machen es uns zur Aufgabe,  
81 Strukturen zu hinterfragen, damit die Arbeit der Sicherheitsbehörden  
82 diskriminierungskritisch und gerecht ablaufen kann. Um Polizist\*innen und  
83 Feuerwehrangehörigen, die im Dienst angegriffen werden, besser helfen zu können, werden wir  
84 neben dem Dienstunfallrecht auch die psychischen Folgen solcher Angriffe noch stärker in den  
85 Blick nehmen und die psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) stärken. Den massiven  
86 Sanierungsstau bei Liegenschaften und Fuhrpark von Polizei und Feuerwehr werden wir

87 prioritär abbauen: Die Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienstakademie wollen wir endlich  
88 fertigstellen und den Neubau für das Kriminaltechnische Institut anschieben, damit  
89 Ermittlungen und Strafverfolgung zukünftig ohne lange Verzögerungen erfolgen können. Die  
90 Ausstattung aller Dienstgebäude mit Trinkwasserspendern, die energetische Sanierung und die  
91 Nutzung erneuerbarer Energien, auch bei Beschaffungen für den Fuhrpark, werden wir zum  
92 Standard machen. Für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste muss für die Bewältigung der  
93 Alltagsaufgaben die erforderliche persönliche Schutzausrüstung, Ausstattung und  
94 Verbrauchsmaterialien sichergestellt sein. Es darf nicht sein, dass an der Grundausstattung  
95 gespart und gekürzt wird.

96 Vielfalt und Resilienz in Sicherheitsbehörden ausbauen

97 Moderne, vielfältige und diskriminierungsfreie Sicherheitsbehörden sind für den Schutz der  
98 Demokratie unabdingbar. Gleichzeitig müssen sie als Arbeitgeberinnen in Zeiten des  
99 Fachkräftemangels besonders attraktiv sein.  
100 Deshalb müssen Demokratiebildung, Diskriminierungskritik und kommunikative Kompetenzen in  
101 Aus- und Fortbildung sowie im Studium gefördert werden. So unterstützen wir Grüne die  
102 Sicherheitsbehörden dabei, Frauen und Vielfalt zu fördern und Diskriminierung und Sexismus –  
103 auch am Arbeitsplatz – entschlossen entgegenzuwirken. Antifeminismus ist eine  
104 verfassungsfeindliche Ideologie, die wir als Analysekategorie in der Arbeit der  
105 Sicherheitsbehörden verankern und durch verbindliche Fortbildungen in Verwaltung, Bildung  
106 und Justiz bekämpfen. Wir werden überdies die Empfehlungen der Berliner Polizeistudie  
107 konsequent umsetzen und Angebote hinsichtlich Supervision, Einsatznachbereitungen und  
108 Resilienzstärkung ausbauen. Für die Verbesserung der Strukturen und der Arbeitsweise bei der  
109 Berliner Feuerwehr und im Rettungsdienst werden wir eine Feuerwehrstudie durchführen. Die  
110 Einführung des unabhängigen Bürger\*innen- und Polizeibeauftragten war die richtige  
111 Entscheidung, um das Vertrauen in staatliches Handeln zu stärken – sowohl bei Anliegen von  
112 Betroffenen polizeilicher Maßnahmen als auch für Polizist\*innen selbst. Wir werden die  
113 unabhängige Kontrolle verbessern und dem Beauftragten ermöglichen, effektiv alle an ihn  
114 herangetragen Sachverhalte zu überprüfen.

115 Kriminalität gezielt entgegenwirken

116 Wir Bündnisgrüne möchten Kriminalität gezielt entgegenwirken. Daher führen wir neben der  
117 Polizeilichen Kriminalstatistik den Berliner Periodischen Sicherheitsbericht ein, der nicht  
118 nur die Anzahl der Taten analysiert, sondern auch deren Ursachen. Polizeiliche Ressourcen  
119 sollen danach dort eingesetzt werden, wo sie den meisten Nutzen bieten und aktuellen  
120 Entwicklungen bei der Gewalt-, Eigentums- und Vermögenskriminalität gezielt entgegenwirken  
121 können. Die bezirklichen Ordnungsämter wollen wir stärken, damit sie ihren Aufgaben im  
122 Bereich der Gefahrenabwehr endlich gerecht werden können und diese nicht regelmäßig von der  
123 Polizei aufgefangen werden müssen.

124 Überwachung begrenzen und Grundrechte schützen

125 Überbordende Überwachung führt nicht zu mehr Sicherheit, sondern löst Unsicherheit und  
126 Ängste aus und birgt die Gefahr unverhältnismäßig in unsere Grundrechte einzugreifen, die  
127 der Staat zu schützen verpflichtet ist. Wir unterstützen zielgerichtete, effektive,  
128 grundrechtsschonende und rechtssichere Ermittlungsinstrumente. Anlasslose Massenüberwachung  
129 wie die biometrische Gesichtserkennung lehnen wir ab. Die umfassende Vorratsdatenspeicherung  
130 ist zurecht mehrfach vor obersten Gerichten gescheitert. Sollte die Bundesregierung diese

131 erneut einbringen, werden wir ihr im Bundesrat eine klare Absage erteilen. Online-  
132 Durchsuchung und Quellen-Telekommunikationsüberwachung stellen äußerst tiefe  
133 Grundrechtseingriffe dar und das bewusste Offenhalten von Sicherheitslücken ist in Zeiten  
134 wachsender hybrider Bedrohungen das Gegenteil von sicherheitspolitischer Vernunft. Wir  
135 erkennen an, dass sich die Kommunikation von Straftäter\*innen zunehmend ins Digitale  
136 verlagert und häufig verschlüsselt stattfindet. Daher wollen wir das Kriminaltechnische  
137 Institut und die IT-Forensik der Berliner Polizei stärken. Statt flächendeckender  
138 Videoüberwachung im öffentlichen Raum wollen wir diese nur dort zielgerichtet ausbauen, wo  
139 sie tatsächlich helfen kann, unsere Kritischen Infrastrukturen zu schützen. Eine Auswertung  
140 polizeilicher Daten mit Hilfe von Software von Palantir oder anderen problematischen  
141 Anbietern weisen wir zurück. Gerade Software in den Sicherheitsbehörden muss  
142 datenschutzrechtliche Standards garantieren, die Grundrechte wahren und mit klarer  
143 Zweckbindung und in ihren Quellcodes transparent und nachvollziehbar ausgestaltet sein. Die  
144 Zusammenführung, Verknüpfung und Aufbereitung von Daten in einer polizeilichen  
145 Superdatenbank ist weder sicherheitspolitisch zielführend noch verhältnismäßig. Es stellt  
146 ein Sicherheitsrisiko dar, sich der digitalen, europäischen Souveränität selbst zu berauben.  
147 Wir Grüne setzen darauf, Überwachungstransparenz herzustellen, indem statistisch erfasst  
148 wird, welche Maßnahmen wie häufig eingesetzt werden, wo es bei der Umsetzung hapert und was  
149 umgekehrt zielführend ist. Das von Schwarz-Rot abgeschaltete Funkzellentransparenzsystem  
150 wird es Betroffenen in Zukunft wieder ermöglichen, ihre Auskunftsansprüche einfach und  
151 digital durchzusetzen. Das Berliner Polizeigesetz (Allgemeines Sicherheits- und  
152 Ordnungsgesetz – ASOG) werden wir evaluieren und Bürger\*innenrechte und parlamentarische  
153 Kontrollmöglichkeiten stärken sowie eine Aufgabenkritik zur Entlastung der Polizei  
154 durchführen. Polizeiliches Handeln muss sich stets nach dem Handeln der Verdächtigen  
155 richten, weshalb wir anlasslose Kontrollen ablehnen. Sie sind nicht nur ineffektiv und  
156 personalintensiv, sondern auch ein Einfallstor für Racial Profiling. Um dem  
157 entgegenzuwirken, möchten wir eine digitale Kontrollquittung einführen, mit der jede Person  
158 über den Anlass der Kontrolle informiert werden kann. Das schafft Transparenz und  
159 Nachvollziehbarkeit in Verbindung mit polizeilichem Handeln. Wir werden die bestehenden  
160 kriminalitätsbelasteten Orte und Messer- und Waffenverbotszonen auf ihre Sinnhaftigkeit  
161 überprüfen und werden sie, wo erforderlich, wieder abschaffen. Die Ergebnisse der  
162 Bodycamstudie wollen wir umsetzen und den Einsatz auf die Polizei beschränken. Die Bodycam  
163 dient dabei auch als bürgerrechtliches Instrument, das auf Verlangen oder bei unmittelbarem  
164 Zwang zur Beweissicherung angeschaltet werden muss.

#### 165 Versammlungsfreiheit verteidigen

166 Demonstrationen sind ein Mittel, um zusammenzukommen, Unmut und Trauer auszudrücken sowie  
167 politische Positionen zu vertreten. Mit jährlich über 7.000 politischen Versammlungen ist  
168 Berlin als Bundeshauptstadt auch Demonstrationshauptstadt. Wir Bündnisgrüne schützen das  
169 Versammlungsgrundrecht und haben unter Rot-Rot-Grün das Versammlungsgesetz an die Realität  
170 der zum allergrößten Teil friedlichen Demonstrationen angepasst. Gleichzeitig sehen wir, wie  
171 durch die Diffamierung von Protestformen und Gerichten versucht wird, Versammlungen  
172 unverhältnismäßig einzuschränken oder zu verbieten. Die notwendige Differenzierung muss  
173 möglich sein: Gewalt, menschenverachtende und antisemitische Äußerungen von  
174 Demonstrationsteilnehmenden und die Instrumentalisierung von Versammlungen durch  
175 extremistische Akteur\*innen sind eindeutig zu verurteilen. Zugleich ist Kritik an  
176 unverhältnismäßigen polizeilichen Maßnahmen wie pauschalen Sprachverboten und Gewalt gegen  
177 Demonstrierende legitim und darf nicht abgetan werden. Gewalt und Hass auf Demonstrationen  
178 sind inakzeptabel und sind bereits heute nicht vom Versammlungsgrundrecht gedeckt. Eine  
179 Verschärfung des Versammlungsfreiheitsgesetzes lehnen wir deshalb entschieden ab. Während

180 der Wegner-Senat mit einem Kurs der Repression zu mehr Eskalation auf den Straßen beiträgt,  
181 stehen wir für einen Kurswechsel zu einer Deeskalationsstrategie ein. Dazu gehört auch, dass  
182 Kritik an unverhältnismäßigen polizeilichen Maßnahmen, an Gewalt gegen Demonstrierende und  
183 an Schmerzgriffen gegen friedliche Versammlungsteilnehmende legitim ist und nicht abgetan  
184 werden darf. Fehlverhalten muss ernsthaft aufgearbeitet werden. Wenn dies unterbleibt,  
185 schadet es nicht zuletzt der öffentlichen Wahrnehmung der Berliner Polizei.

186 Politisch motivierte Straftaten konsequent bekämpfen

187 Wir stehen für eine konsequente Verfolgung von politisch motivierten Straftaten und  
188 Netzwerken – auch und gerade im Internet. Schwerpunkte sind für Berlin vor allem  
189 rechtsextremistische und islamistische Gefährdungen. Auch die Bedrohung durch Anschläge und  
190 Sabotageaktionen durch Akteur\*innen im In- und Ausland, von linksextremistischen  
191 Gruppierungen bis zum Einsatz von Low-level-Agents durch Russland, muss von den  
192 Sicherheitsbehörden im Fokus behalten werden. Gemeingefährliche Anschläge auf  
193 Versorgungssysteme, auf kritische Infrastrukturen, auf die Lebensadern unserer Stadt treffen  
194 uns alle, sind hoch kriminell und durch nichts zu rechtfertigen. Die Ermittlungen zu  
195 Anschlägen der Vulkangruppen auf das Stromnetz tappen seit 15 Jahren im Dunklen, müssen  
196 konzentriert und verstärkt und der Fahndungsdruck erhöht werden. Neben einer Gesamtstrategie  
197 gegen Rechtsextremismus benötigen wir eine Stärkung der Deradikalisierungsarbeit sowie der  
198 Beratungsstellen gegen Verschwörungsideologien, Hasskriminalität und einen Ausbau der  
199 zielgruppenspezifischen Arbeit mit Jugendlichen und Männern. Offene Haftbefehle gegenüber  
200 untergetauchten oder verurteilten Rechtsextremist\*innen oder anderen Extremist\*innen müssen  
201 endlich konsequent vollzogen werden. Um organisierte Netzwerke hinter rechtsextremen Hass  
202 und Straftaten zu zerschlagen, ist auch das Instrument der Vereinsverbote gegenüber  
203 verfassungsfeindlichen Vereinigungen zu nutzen, sobald die rechtlichen Voraussetzungen  
204 gegeben sind.

205 Lehren aus der Neuköllner Straftatenserie ziehen

206 Über Jahre hinweg hat es in Neukölln eine rechte Anschlagsserie gegeben, die von den  
207 Ermittlungsbehörden nicht konsequent verfolgt worden ist. Wir Grüne sind solidarisch mit den  
208 betroffenen Personen und Kiezen, die bis heute unter den Folgen leiden und Vertrauen in den  
209 Rechtsstaat verloren haben. Der Untersuchungsausschuss im Berliner Abgeordnetenhaus hat  
210 wiederholt Defizite bei den Sicherheitsbehörden aufgedeckt. Informationen wurden nicht  
211 zusammengeführt, Betroffene nicht ernst genommen. Erst durch die Übernahme der Ermittlungen  
212 durch die Generalstaatsanwaltschaft konnten Täter\*innen angeklagt und verurteilt werden.  
213 Damit sich dies nicht mehr wiederholt, ist entscheidend, dass es eine Zusammenarbeit  
214 zwischen betroffenen Dienststellen und Behörden sowie klare Verantwortlichkeiten und einen  
215 strukturierten Wissenstransfer gibt – gerade in den Bereichen mit erforderlicher  
216 Szenenkenntnis. Wo weggeschaut wird, wächst rechte Gewalt. Umso wichtiger ist, dass auch  
217 vermeintlich „kleine Delikte“ nicht bagatellisiert werden – ihre politische Motivation muss  
218 von Beginn an mitgedacht und in die Ermittlungen einbezogen werden.

219 Verfassungsschutz neu ordnen und Kontrolle stärken

220 Trotz der erfolgreichen Interventionen des Verfassungsschutzverbundes bei der Verhinderung  
221 extremistischer Anschläge in den letzten Jahren und seiner Beiträge zur Aufdeckung  
222 russischer und chinesischer Spionagekampagnen wird die Tätigkeit des Verfassungsschutzes  
223 zurecht kritisch betrachtet. Die Verfassungsschutzämter des Bundes und der Länder sind ihren

224 Aufgaben durch ihre langjährige Blindheit auf dem rechten Auge und Stigmatisierung linken  
 225 Protestes, dem Versagen im NSU-Komplex, V-Leute-Skandalen und Fehlern im Zusammenhang des  
 226 Breitscheidplatz-Anschlages zu oft nicht gerecht geworden. Für ein wirksames  
 227 Früherkennungssystem gegen die wachsenden Bedrohungen der freiheitlichen Demokratie halten  
 228 wir Grüne eine strukturelle Neuordnung für erforderlich: Es braucht zwei Säulen mit einem  
 229 unabhängigen, anhand öffentlicher Quellen arbeitenden Institut zum Schutz der Verfassung  
 230 sowie einem rechtsstaatskonformen, von polizeilichen Aufgaben klar abgegrenzten  
 231 nachrichtendienstlichen Verfassungsschutz mit Fokussierung auf die Früherkennung von  
 232 staatsgefährdenden Straftaten, Desinformation, Spionage und Terrorismus. Dabei muss auch  
 233 berücksichtigt werden, dass Berlin als Hauptstadt besonders im Fokus von Überwachung,  
 234 Spionage und Sabotage durch ausländische Geheimdienste und der Verfolgung von  
 235 Menschenrechtsverteidiger\*innen durch autoritäre Regime ist. Auf Grundlage einer  
 236 unabhängigen und wissenschaftlichen Evaluation werden wir anschließend die Aufgaben,  
 237 Prioritäten und Ressourcen des Verfassungsschutzes neu justieren. Mit einem  
 238 Verfassungsschutz-Kontrollgesetz wollen wir die bestehenden parlamentarischen Kontroll- und  
 239 Informationsrechte zur Stärkung der Nachvollziehbarkeit über Informationsgewinnung,  
 240 nachrichtendienstliche Tätigkeiten und Bewertungsmaßstäbe verbessern. Eine Regelabfrage beim  
 241 Verfassungsschutz für Bewerber\*innen für den öffentlichen Dienst, Beamt\*innen in nicht  
 242 sicherheitsrelevanten Bereichen und Referendar\*innen lehnen wir ab.

#### 243 Sicherheit und Soziales zusammendenken

244 Der öffentliche Raum ist Begegnungsraum für Menschen in unterschiedlichsten Lebenslagen,  
 245 hier treffen verschiedene Perspektiven und Bedürfnisse in einer dicht besiedelten und  
 246 wachsenden Metropole aufeinander. Wer nicht nur Symptome, sondern Ursachen bekämpfen will,  
 247 muss Sicherheit und Soziales zusammendenken. Die Berliner Polizei betont zurecht, dass sie  
 248 sozialen Ursachen mit ihren Mitteln nicht angemessen begegnen kann. Damit das Zusammenspiel  
 249 gelingt, fordern wir eine gesamtstädtische Strategie „SicherheitPlus“, die die soziale  
 250 Infrastruktur in den Brennpunkten gezielt stärkt. Dies bedeutet für uns einen Dreiklang aus  
 251 sozialen Maßnahmen, der Verbesserung der Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raums und  
 252 polizeilichen Präsenzmaßnahmen. Zentral dabei ist für uns die Überzeugung, dass soziale  
 253 Probleme nur sozial gelöst werden können. Wir unterstützen die sozialen Träger und  
 254 Initiativen, die mit ihrer Arbeit in der ganzen Stadt eine zentrale Säule für ein sicheres  
 255 Berlin sind. Außerdem werden wir gezielt die Bezirke dabei unterstützen gemeinsam mit der  
 256 Nachbarschaft und den Akteuren vor Ort durch Veranstaltungsformate, städtebauliche Maßnahmen  
 257 und mehr Sauberkeit öffentliche Räume neu zu beleben und umzugestalten. Mit ihrem Wissen  
 258 über die Problemlagen und Bedarfe vor Ort können kiezspezifische Antworten gegeben.  
 259 Entscheidend ist, dass sich polizeiliche und sicherheitspolitische Maßnahmen und die soziale  
 260 Arbeit vor Ort ergänzen und Entwicklungen frühzeitig angemessen adressiert werden können.  
 261 Durch Präsenz auf Augenhöhe wollen wir die Ansprechbarkeit der Polizei für Gewerbetreibende  
 262 und Anwohnende weiter verbessern. Die Verzahnung mit Ämtern, Polizei und Akteuren vor Ort  
 263 schafft wichtige Austauschplattformen, um sich gegenseitig abzusprechen und unterstützen zu  
 264 können.

#### 265 Organisierte Kriminalität wirksam bekämpfen

266 Die Bekämpfung von Organisierter Kriminalität werden wir Bündnisgrüne priorisieren und die  
 267 vorhandenen Ressourcen und Kompetenzen bündeln: Landeskriminalamt und Staatsanwaltschaft  
 268 müssen in die Lage versetzt werden, einen stärkeren Fokus auf Strukturermittlungen legen zu  
 269 können, damit die „großen Fische“ nicht durchs Netz gehen. Für einen durchgehenden Follow-  
 270 the-Money-Ansatz schaffen wir die nötigen Schnittstellen mit den Finanzämtern, der

271 Steuerfahndung, der Gewerbeaufsicht und dem Zoll: Organisierte Kriminalität darf sich nicht  
 272 mehr lohnen. Wir werden ein Immobilienregister einrichten, aus dem die wahren  
 273 wirtschaftlichen Berechtigten an Immobilien hervorgehen, um kriminelle Strukturen im  
 274 Immobilienbereich leichter aufdecken und die Immobilien einziehen zu können. Zur  
 275 Durchsetzung von Vermögensabschöpfungen bei Erträgen aus illegalen Quellen, auch durch die  
 276 Einziehung von Immobilien, braucht es neben kriminalpolizeilichen Kompetenzen auch  
 277 qualifiziertes Personal, das kriminelle Geflechte erkennen, nachvollziehen und verfolgen  
 278 kann. Die Gewerbeüberwachung werden wir grundlegend reformieren, auch durch eine klare  
 279 Aufgabenverteilung zwischen Land und bezirklichen Ordnungsämtern. Diskriminierende  
 280 Praktiken, Herkunftsdebatten, oder symbolpolitische Verbundeinsätze sind weder hilfreich  
 281 noch zielführend und dürfen nicht Maßgabe für politisches oder polizeiliches Handeln sein.

282 Wir werden eine stadtweit zuständige Ermittlungsgruppe „Fahrraddiebstahl“ beim  
 283 Landeskriminalamt einrichten, auch um organisierten Banden Einhalt zu gebieten. Wir werden  
 284 die Hotspots des Fahrraddiebstahls in den Fokus nehmen und die Zahl der Schwerpunkteinsätze  
 285 deutlich ausweiten. Denn jedes Jahr werden in Berlin rund 25.000 Fahrraddiebstähle bei der  
 286 Polizei gemeldet, das sind über zehn Prozent aller Diebstähle in Berlin, die  
 287 Aufklärungsquote liegt dagegen konstant unter fünf Prozent.

288 Kriminalität im digitalen Zeitalter entgegentreten

289 Kriminalität, die im digitalen Raum stattfindet, ist längst Teil einer Realität, die immer  
 290 stärkere Auswirkungen auf das „reale Leben“ hat. Sie darf daher gegenüber analogen  
 291 Kriminalitätsphänomenen nicht nachrangig behandelt werden. Wir Bündnisgrüne befähigen die  
 292 Sicherheitsbehörden in der Bekämpfung von Cyberkriminalität und Spionage im digitalen Raum,  
 293 damit sie effektiv und schnell auf neue Bedrohungslagen reagieren können. Dabei liegt ein  
 294 besonderer Fokus auch auf der Bekämpfung von Hasskriminalität. Die großen Tech-Unternehmen  
 295 sollen über eine konsequente Umsetzung des Digital Services Act stärker reglementiert und  
 296 Nutzer\*innen im digitalen Raum vor Hass und Desinformation geschützt werden. Darüber hinaus  
 297 braucht es eine Strategie gegen Desinformation. Irreführende, falsche und manipulative  
 298 Informationen, Bilder und Videos sollen Menschen in ihrer Wahrnehmung und Haltung und damit  
 299 die öffentliche Meinung beeinflussen. Gerade mit den gewachsenen Möglichkeiten durch  
 300 Künstliche Intelligenz stellt das eine massive Gefährdung für unsere Demokratie dar –  
 301 insbesondere, wenn Wahlen so beeinflusst werden. Der zunehmende Einsatz von KI bringt neben  
 302 neuen juristischen Herausforderungen auch Geschäftsmodelle auf den Plan, die auf dem  
 303 Diebstahl oder der unangemessenen Verwertung urheber-, persönlichkeits-, datenschutz- oder  
 304 patentrechtlich geschützter Inhalte abzielen. Entsprechende Kompetenzen sind dafür auch bei  
 305 Polizei und Justiz zu schulen.

306 Im Umgang mit Onlineangriffen braucht es eine berlinweite Strategie zur Cybersicherheit des  
 307 gesamten Senats, die unter Einbindung der Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu entwickeln  
 308 ist. Für die Verwaltung und besonders die kritische Infrastruktur (KRITIS) sind  
 309 Mindestsicherheitsanforderungen, eine klare Aufgabenverteilung und präzise beschriebene  
 310 Befugnisse und Verantwortlichkeiten der handelnden Behörden notwendig. In einem Berliner IT-  
 311 Sicherheitsgesetz wollen wir verbindliche Standards festlegen. Darüber hinaus braucht es  
 312 eine Neuordnung der föderalen Cybersicherheitsarchitektur: Wir unterstützen daher den Ausbau  
 313 des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik zu einer Zentralstelle im Bund-  
 314 Länder-Verhältnis.

315 Informationelle Selbstbestimmung schützen

316 Der Datenschutz gewinnt mit der Digitalisierung aller Gesellschaftsbereiche noch größere  
 317 Bedeutung. IT-Verfahren müssen so gestaltet werden, dass das Recht auf informationelle  
 318 Selbstbestimmung und damit der Schutz der Privatsphäre gewährleistet ist. Wir stellen  
 319 sicher, dass die Befugnisse der Berliner Beauftragten für Datenschutz und  
 320 Informationsfreiheit in Zukunft auch gegenüber den Sicherheitsbehörden gelten werden. Für  
 321 die konsequente Durchsetzung von geltendem Datenschutzrecht stärken wir die  
 322 Landesdatenschutzbeauftragte. Das beinhaltet die überfällige und vollumfängliche Umsetzung  
 323 der europäischen JI-Richtlinie (Richtlinie zum Schutz natürlicher Personen bei der  
 324 Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der  
 325 Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung  
 326 sowie zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI des  
 327 Rates), die personenbezogene Daten schützt, einschließlich Sanktionsbefugnissen für die  
 328 oberste Datenschutzbehörde.

329 Unseren Rettungsdienst sicher aufstellen

330 Wer die 112 ruft, muss sich darauf verlassen können, dass die richtige Hilfe kommt. Statt  
 331 einer Absenkung von medizinischen Standards wollen wir den Berliner Rettungsdienst fit für  
 332 die Zukunft machen. Es braucht eine Personaloffensive zur Gewinnung von mehr  
 333 Notfallsanitäter\*innen und eine eigene Laufbahn für den Rettungsdienst. Mit einem Runden  
 334 Tisch „Rettungsdienst“ werden wir die unterschiedlichen Akteur\*innen mit der  
 335 Gesundheitsversorgung verzahnen, damit jede\*r Hilfesuchende an die geeignete Stelle –  
 336 Rettungsstelle, Hausarzt\*in, ärztlicher Bereitschaftsdienst, Krisendienste etc. – gelangt  
 337 und dort die passende Hilfe bekommt. Wir Grüne stärken die Präventionsfähigkeiten und führen  
 338 Kriseninterventionsteams ein, um insbesondere auf Einsatzlagen mit psychosozialen  
 339 Herausforderungen besser reagieren zu können.

340  
 341 Die bisher verschleppte Reform der Notfallversorgung auf Bundesebene muss kommen und dafür  
 342 Sorge tragen, dass der Rettungsdienst nicht mehr nur als Transportleistung verstanden und  
 343 vergütet wird. Wir wollen die Patient\*innensteuerung verbessern, damit neben der  
 344 Notfallmedizin auch die Versorgung von Menschen mit akuten pflegerischen Bedarfen oder  
 345 akuten psychische Krisen angemessen adressiert werden.

346 6.2 Bevölkerungs- und Katastrophenschutz krisenfest machen

347 Der Bevölkerungsschutz in Berlin und eine Vorbereitung auf mögliche Krisen wurden jahrelang  
 348 vernachlässigt. Es herrscht ein System der organisierten Unzuständigkeit. Doch nur eine  
 349 krisenfeste Stadt, ist eine sichere Stadt. Zwei Anschläge auf unser Stromnetz in den letzten  
 350 12 Monaten mit tagelangen, großflächigen Stromausfällen haben gezeigt, dass die kritische  
 351 Infrastruktur nicht ausreichend geschützt ist, das Krisenmanagement nicht ineinandergreift  
 352 und deutlich mehr in Vorsorge investiert werden muss. Die schwarz-rote Senatspolitik, die  
 353 primär auf Überschriften und Symbolpolitik setzt, offenbart die Versäumnisse und  
 354 Konzeptlosigkeit in Fragen des Katastrophenschutzes und des Krisenmanagements. Echte  
 355 Resilienz schafft man nur durch ein Gesamtkonzept zur Absicherung, physischen Vorsorge und  
 356 vorbereitete Notinstandinsetzung und eine intelligente, dezentrale Struktur des Stromnetzes  
 357 selbst. Resilienz endet jedoch nicht an der Frage der Strom- und Notstromversorgung, sondern  
 358 muss Risiken durch Hitze, Starkregen oder Pandemien bis hin zu Cyberangriffen,  
 359 Desinformationskampagnen, aggressiver Propaganda und Sabotage bis zur Überlastung der  
 360 Gesundheitsversorgung im Krisenfall in den Blick nehmen. Bereits heute drohen reale

361 Krisenszenarien, auf die Berlin besser vorbereitet sein muss. Für einen effektiven Schutz  
362 und eine sichere Versorgung der Bevölkerung in Krisen- und Katastrophen braucht es nicht nur  
363 ausreichend Personal, Ressourcen und Kompetenzen, sondern eine klare Zuständigkeiten und  
364 Aufgaben, umfassende Risikoanalysen und Notfallpläne, ressortübergreifende Standards für  
365 Verwaltungen und Behörden in Land und Bezirken und die notwendigen Ressourcen, damit im  
366 Ernstfall die Strukturen schnell handlungsfähig werden und funktionieren. Wir wollen das  
367 Katastrophenschutzgesetz an die Gegebenheiten der Zeit anpassen. Bei großflächigen oder  
368 bezirks- und ressortübergreifenden Lagen müssen Maßnahmen frühzeitig durch eine zentrale  
369 Koordination der Krisenstabsstrukturen organisiert werden. Eine funktionierende  
370 Krisenstabsstruktur von Anfang an ist entscheidend dafür, wie gut eine Lage bewältigt wird.  
371 Außerdem müssen wir den Schutz unserer kritischen Infrastruktur systematisch und umfassend  
372 mit Blick auf Bedrohungslagen analysieren und die notwendigen Absicherungs- und Anpassungen  
373 schnellstmöglich vornehmen. Auch die immer wieder versprochenen Mittel aus den  
374 Sondervermögen des Bundes für den Zivil- und Katastrophenschutz müssen in Berlin als  
375 Bundeshauptstadt zur Stärkung von Prävention und Sicherheit genutzt werden können. Wir  
376 wollen die große Solidarität und Hilfsbereitschaft der Berliner\*innen fördern und besser  
377 koordinieren, indem wir eine digitale Helfendenplattform und Kanäle schaffen, die eine  
378 verlässliche Kommunikation in einer Krise ermöglichen. Neben dem meist ehrenamtlichen  
379 Engagement von Einsatzkräften, Hilfsorganisationen, Kirchen, Vereinen und  
380 Nachbarschaftsinitiativen können so auch Spontanhelfende besser eingebunden werden. Die  
381 Zivilgesellschaft muss über die nötigen Ressourcen und die Unterstützung der Stadt und der  
382 Bezirke verfügen, damit ihre wiederholt bewiesene unverzichtbare Hilfsbereitschaft in Krisen  
383 und Katastrophen auch bestmöglich den Menschen in Berlin zugute kommen kann. Auch die  
384 Berliner Hilfsorganisationen und das THW wollen wir verlässlich einbinden und unterstützen.  
385 Für den Zivilschutz braucht es eine Stärkung der vorbeugenden Abwehr hybrider Bedrohungen  
386 und eine gut verzahnte Zusammenarbeit des Bundes. Den jährlichen Bevölkerungsschutztag  
387 wollen wir für stadtweite organisations- und behördenübergreifende Übungsszenarien nutzen,  
388 die eine Einbindung der Bevölkerung beinhalten und im Anschluss evaluiert und  
389 weiterentwickelt werden. Denn das Wissen über das richtige Verhalten im Krisenfall stärkt  
390 die Krisenbewältigung und bewahrt vor gesundheitlichen Schäden und zusätzlichen Kosten.

### 391 **6.3. Starke Justiz – Rechtsstaat sichern**

392 Unser Berlin ist ein sozialer Rechtsstaat. Wir Bündnisgrüne stehen für eine unabhängige und  
393 leistungsfähige Justiz. Rechtsschutz und die Einhaltung rechtsstaatlicher Standards müssen  
394 stets und für alle Bürger\*innen gewährleistet sein. Dafür brauchen wir in Gerichten,  
395 Staatsanwaltschaften und im Justizvollzug engagierte, kompetente und kritikfähige  
396 Mitarbeitende. Denn die in der Justiz arbeitenden Menschen bilden das Rückgrat unseres  
397 Rechtsstaats, der durch die Zunahme extremistischer Kräfte und antidemokratischer Tendenzen  
398 massiv unter Druck steht. Eine zukunftsfähige Justiz nutzt die Chancen der Digitalisierung.  
399 Die Resozialisierung Strafgefangener werden wir wieder in den Vordergrund rücken, da die  
400 Gesellschaft allein dadurch nachhaltig vor Straftaten geschützt wird. Dies gelingt nur  
401 gemeinsam mit freien Trägern, deren Netzwerke und Kompetenzen unverzichtbar sind. Die  
402 Entziehung der Freiheit ist Strafe genug, die Haftbedingungen müssen einen zeitgemäßen,  
403 behandlungsorientierten Justizvollzug ermöglichen. Rechtsstaatlichkeit heißt für uns aber  
404 auch, Opfer von Straftaten durch ein Opferschutzgesetz proaktiv und professionell zu  
405 unterstützen und sie wirksam vor weiterer Gewalt zu schützen.

## 406 Zugang zum Recht verbessern

407 Wir Grüne möchten den Zugang zum Recht in Berlin verbessern, denn dieser ist noch immer  
408 nicht für alle Menschen gleich. Menschen mit einem niedrigen sozioökonomischen Status werden  
409 strukturell benachteiligt, häufig können sie sich einen Rechtsbeistand nicht leisten. Auf  
410 Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass Beratungs- und Prozesskostenhilfe, aber auch der  
411 Zugang zur Strafverteidigung erleichtert werden. Zudem werden wir die Rechtsantragstellen  
412 bei den Gerichten ausbauen, dort mehrsprachige Angebote schaffen und einen leichteren  
413 digitalen Zugang zur Justiz ermöglichen. Wir führen eine gesetzliche Kooperationspflicht für  
414 die Landesbehörden mit den Verwaltungsgerichten ein und stellen juristisch sicher, dass  
415 eingreifende Entscheidungen regelmäßig nicht vollstreckt werden, solange ein zulässiges  
416 Eilverfahren anhängig ist. Die Rechte von Kindern vor den Familiengerichten und als  
417 Zeug\*innen und Verletzte in Strafverfahren wollen wir stärken. Die wertvolle Arbeit der  
418 Kinderschutzambulanz und das Childhood-Haus Berlin an der Charité werden wir stärken. Die  
419 Strafverfolgungsbehörden unterstützen wir bei der Verfolgung von Wirtschaftskriminalität und  
420 bauen die Strukturen zur Vermögensabschöpfung im rechtsstaatlichen Rahmen weiter aus.

## 421 Ersatzfreiheitsstrafe abschaffen

422 In Berlin befinden sich noch immer zu viele Menschen in Haft, die ihre Geldstrafe nicht  
423 bezahlen konnten. Diese Menschen benötigen Hilfe und keine Inhaftierung. Noch immer enthält  
424 das Strafgesetzbuch zu viele Bagatelldelikte, die die Justiz belasten und deren  
425 strafrechtliche Verfolgung ökonomisch und sozial kontraproduktiv ist. Daher werden wir uns  
426 auf Bundesebene für die Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe und die Entkriminalisierung  
427 von Bagatelldelikten wie z. B. das Fahren ohne Fahrschein im öffentlichen Nahverkehr  
428 einsetzen. Um zu verhindern, dass Menschen, die zu einer Geldstrafe verurteilt wurden, im  
429 Gefängnis landen, werden wir Projekte stärken, bei denen Menschen ihre Geldstrafen  
430 abarbeiten können. Von Ersatzfreiheitsstrafen sind oft wohnungslose Personen betroffen. Sie  
431 benötigen Hilfe, um die Inhaftierung zu vermeiden. Armut darf kein Grund sein, der Menschen  
432 ins Gefängnis bringt.

## 433 Resozialisierung und Chancen ermöglichen

434 Wir Grüne werden den offenen Vollzug stärken und ausbauen, da er nach unserer Überzeugung am  
435 besten geeignet ist, um den schädlichen Einfluss der Haft zu minimieren und die Gefangenen  
436 zu einem Leben ohne Straftaten zu befähigen. Strafgefangene brauchen passgenaue und  
437 zeitgemäße Behandlungs- und Bildungsmaßnahmen und eine bessere Betreuung vor und nach der  
438 Entlassung. Wir sorgen dafür, dass alle zuständigen staatlichen Stellen Verantwortung für  
439 die Wiedereingliederung übernehmen, und werden auch die freien Träger hier noch stärker  
440 einbeziehen. Kinder von Inhaftierten müssen – ressortübergreifend – intensiver in den Blick  
441 genommen werden. Unser Projekt „Resozialisierung durch Digitalisierung“ ist ein großer  
442 Erfolg und wir werden es weiter vorantreiben, sodass alle Gefangenen, bei denen dies zu  
443 verantworten ist, Zugang zu Internet und E-Mail erhalten – damit sie den Kontakt mit ihren  
444 Familien halten, digitale Bildungsangebote nutzen und sich am Ende der Haft um einen Job  
445 bewerben können. Resozialisierung gelingt nur mit engagierten und gut ausgebildeten  
446 Bediensteten. Wir werden daher die Attraktivität des Allgemeinen Vollzugsdienstes weiter  
447 steigern und ihn flexibler gestalten. Die Justizvollzugsanstalten werden wir baulich weiter  
448 modernisieren, um menschenwürdige Haftbedingungen und zeitgemäße Arbeitsplätze für die  
449 Mitarbeitenden zu schaffen.

450 Asylverfahren durch Expertise fair gestalten

451 Für uns Bündnisgrüne steht fest: Der Schutz von Menschenrechten, das Recht auf Asyl und der  
452 Grundsatz der Verhältnismäßigkeit sind unantastbar.

453 Hinter jedem Asylverfahren steht ein menschliches Schicksal. Mit jeder Entscheidung wird  
454 über Schutz, Sicherheit und Lebenschancen entschieden. Falsche Entscheidungen können  
455 schwerwiegende und irreversible Folgen haben, bis hin zu erneuter Verfolgung, Gewalt oder  
456 Lebensgefahr für die Betroffenen. Um diesen Entscheidungen die bestmögliche Grundlage zu  
457 geben, braucht es fundierte, unabhängige und vielfältige Expertise. Wir wollen daher  
458 wissenschaftliche Mitarbeitende am Verwaltungsgericht einstellen, die vertiefte Kenntnisse  
459 zu den politischen, gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnissen in den  
460 Herkunftsländer einbringen und die Erkenntnismittel für die Richter\*innen systematisch  
461 aufbereiten.

462 Fehlerkultur der Justiz ausbauen

463 Wir Bündnisgrüne stehen für eine transparente, lernende Justiz mit einer entwickelten  
464 Fehlerkultur und einem besseren Schutz vor Fehlurteilen. Dazu gehören für uns insbesondere  
465 die Verlängerung der Aufbewahrungsfristen von Beweismitteln, die Stärkung der  
466 Rechtsmittelinstanzen, eine wissenschaftliche Analyse der Ursachen von Fehlurteilen und  
467 entsprechende Fortbildungen für Richter\*innen und Staatsanwält\*innen.

468 Personaloffensive in der Justiz starten

469 Angesichts der auf die Justiz zurollenden Pensionierungswelle werden wir unsere Bemühungen  
470 für eine Personaloffensive in diesem Bereich erneuern. Hierfür möchten wir die  
471 Arbeitsbedingungen familienfreundlicher und mobiler machen sowie Quereinstiege,  
472 Aufstiegschancen und Wechsel durch eine angemessene Anrechnung von Vorerfahrungszeiten  
473 erleichtern. Die Bedingungen des Rechtsreferendariats sollen attraktiver gestaltet werden.  
474 Bei der Einstellung sollen Bewerber\*innen mit Migrationshintergrund bei gleicher Eignung  
475 Vorrang haben. Frauen in der Justiz werden wir weiter fördern, insbesondere durch  
476 paritätische Vorschlagslisten bei Beförderungsstellen. Die Ausbildung der  
477 Gerichtsvollzieher\*innen werden wir qualifizieren. Wir wollen Pflichtfortbildungen  
478 einführen, um sicherzustellen, dass die gesamte Richter\*innenschaft vom Angebot profitiert.  
479 Beim Ausbau der Fortbildungen werden wir den interdisziplinären Ansatz stärken und dafür  
480 sorgen, dass es noch mehr qualifizierte Fortbildungen zu den Kindesanhörungen im  
481 Familienrecht und Strafrecht gibt sowie zur Istanbulkonvention, zur häuslichen Gewalt und zu  
482 Straftaten, die durch Rechtsextremismus und andere Formen von gruppenbezogener  
483 Menschenfeindlichkeit motiviert sind.

484 Juristische Ausbildung reformieren

485 Wir Grüne wollen über die Justizministerkonferenz einen breiten Stakeholder-Prozess mit dem  
486 Ziel einer zeitgemäßen und praxistauglichen Reform der juristischen Ausbildung initiieren. In  
487 die Diskussionen wollen wir alle relevanten Akteur\*innen – darunter Studierende,  
488 Referendar\*innen, Dozierende, Prüfungsämter und Berufsverbände – einbinden. Die  
489 Auseinandersetzung mit Rassismus, Sexismus, Klassismus, Antisemitismus sowie Trans- und  
490 Homosexuellenfeindlichkeit muss fester Bestandteil der Ausbildung werden, ebenso wie eine  
491 Förderung des Erlernens von kritischer Analyse und Reflexion des Rechts. Weitere Ziele sind  
492 die höhere Transparenz bei der Notenvergabe, eine Reduktion des Pflichtfachstoffes, die

493 paritätische Besetzung der Prüfungskommissionen, verdeckte Zweitkorrekturen in den  
494 Staatsprüfungen und ein verantwortlicher und kritischer Umgang mit Künstlicher Intelligenz.  
495 Im Referendariat setzen wir uns ein für eine stärkere Gewichtung der praktischen Leistungen,  
496 eine Erhöhung der Unterhaltsbeihilfe und die Abschaffung der Zuverdienstgrenze. Für die  
497 Arbeitsgemeinschaften im Referendariat soll gemeinsam mit dem Kammergericht ein  
498 strukturiertes didaktisches Gesamtkonzept entwickelt werden.

499 Extremismusprävention und Unabhängigkeit der Justiz sichern

500 Wir Bündnisgrüne bringen eine Bundesratsinitiative auf den Weg mit dem Ziel,  
501 festzuschreiben, dass Schöff\*innen und andere ehrenamtliche Richter\*innen sich zur  
502 freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen müssen, und werden eine Strategie zur  
503 systematischen Überprüfung der Bewerber\*innen zum Zwecke der Extremismusprävention  
504 entwickeln.

505 Wir wollen – dem Vorbild der Mehrzahl der anderen Länder der EU folgend – die Unabhängigkeit  
506 der Justiz durchsetzen und die Eigenständigkeit der Staatsanwaltschaft durch eine  
507 weitgehende Abschaffung des Weisungsrechts der Justizverwaltung stärken.

508  
509 Unser Rechtsstaat muss wehrhaft sein. Wir werden unsere Gerichte resilient machen gegen  
510 antidemokratische Kräfte. Hierfür werden wir prüfen, gesetzliche Regelungen so anzupassen,  
511 dass sie nicht missbraucht werden können, um Gerichte handlungsunfähig zu machen.

512 Als ersten Schritt soll per Erlass erklärt werden, dass das externe Einzelfall-Weisungsrecht  
513 gegenüber der Staatsanwaltschaft grundsätzlich nicht ausgeübt wird. Strukturelle Hürden beim  
514 Zugang zur Verteidigung werden wir abbauen.

515 Digitalisierung der Justiz konsequent vorantreiben

516 Die Digitalisierung der Justiz ist eine Mammutaufgabe, die Priorität haben muss. Nach der  
517 flächendeckenden Einführung der elektronischen Akte an den Gerichten und in den  
518 Staatsanwaltschaften müssen die Arbeitsabläufe, die Aufgaben der verschiedenen Berufsgruppen  
519 und die Organisation angepasst und zum Teil grundlegend reformiert werden. In der  
520 Rechtsprechung und Strafverfolgung werden wir den Einsatz digitaler Recherchertools und  
521 Assistenzsysteme unterstützen. Hierdurch schaffen wir Effizienzgewinne und standardisieren  
522 Arbeitsabläufe, was zur Entlastung von Richter\*innen, Staatsanwält\*innen und  
523 Rechtspfleger\*innen beiträgt. Hierbei behalten wir jedoch stets die Risiken und die  
524 Sicherheit im Blick: Es muss immer ein Mensch sein, der letztlich in Gerichtsverfahren  
525 entscheidet. Wir entwickeln für Gerichte und Staatsanwaltschaften ein Raumkonzept für die  
526 ökologische Sanierung und eine effizientere Flächennutzung, die den neuen digitalen und  
527 mobilen Arbeitsabläufen gerecht wird und zugleich eine hohe Aufenthaltsqualität für  
528 Beschäftigte und Rechtssuchende garantiert. Wir Grüne werden im Zuge der vollständigen  
529 Digitalisierung verstärkt virtuelle Verhandlungssäle einrichten und flächendeckend WLAN  
530 anbieten, um Anwält\*innen digitales Arbeiten zu ermöglichen.

## 531 6.4. Funktionierende Verwaltung – Berlin zum Laufen 532 bringen

533 Wer in Berlin lebt, kennt es: Sobald ein Problem auftaucht, ist niemand dafür zuständig;  
534 Bürger\*innen verzweifeln seit vielen Jahren am Behörden-Pingpong. Deshalb haben wir  
535 Bündnisgrüne einen Plan vorgelegt, wie Berlin mit einer Verwaltungsreform endlich wieder

536 funktioniert: klare Zuordnung von Steuerungs- und Durchführungsaufgaben zwischen Senats- und  
537 Bezirksverwaltung und Verankerung des Konnexitätsprinzips in der Berliner Verfassung, was  
538 bedeutet, dass diejenigen, die Aufgaben beschließen, auch für deren Kostendeckung  
539 verantwortlich sind. Damit stellen wir sicher, dass der Senat die Bezirke bei neuen Aufgaben  
540 auch mit den entsprechenden Finanzmitteln ausstatten muss.

541 Die schwarz-rote Koalition hat in ihrem Prozess der Verwaltungsmodernisierung, bei dem wir  
542 uns als Bündnisgrüne von Beginn an aktiv eingebracht haben, diese beiden zentralen Elemente  
543 aufgenommen; die verabschiedete Verwaltungsreform trägt eine deutliche bündnisgrüne  
544 Handschrift. So kommen wir endlich weg vom Behörden-Pingpong und sorgen dafür, dass Berlin  
545 endlich wieder funktioniert.

546 Jetzt ist es Zeit, die verabschiedete Verwaltungsreform mit Leben zu füllen und erfolgreich  
547 umzusetzen. Unser Ziel sind Senatsverwaltungen, die vorausschauend und strategisch ihre  
548 gesamtstädtische Verantwortung wahrnehmen, und Bezirksämter, die engagiert und pragmatisch  
549 ihre Leistungen erbringen. So machen etwa schnelle Termine in Bürger\*innenämtern, kompetente  
550 und diskriminierungsfreie Beratung im Jugendamt sowie Angebote der Teilhabe deutlich, dass  
551 der Staat funktioniert und die Anliegen aller Berliner\*innen im Blick hat. Daher ist für uns  
552 eine handlungsfähige, wehrhafte Verwaltung ein elementarer Beitrag zur Stabilisierung der  
553 Demokratie.

554 Verwaltung handlungsfähig und bürger\*innennah aufstellen

555 Wir Grüne möchten die Kultur der Verwaltung als Dienstleisterin aller Berliner\*innen weiter  
556 stärken und sicherstellen, dass sie sich bei der Aufgabenerfüllung entsprechend an deren  
557 Bedürfnissen orientiert. Das bedeutet insbesondere, dass die Durchführung bürger\*innennaher  
558 Dienstleistungen diskriminierungsfrei erfolgt.

559 In einer zunehmend disruptiven Welt ist es unser Ziel, die gesamte Berliner Verwaltung in  
560 die Lage zu versetzen, schnell und wirksam neuen Herausforderungen zu begegnen. Hierzu  
561 müssen wir sie in ihren Strukturen resilient aufstellen. Wir wollen ein professionelles  
562 Ideenmanagement in der Verwaltung etablieren. Die Beschäftigten wissen oft selbst, wo der  
563 Schuh drückt und wie man Prozesse verbessern könnte. Hier gilt es, Zugänge zu erleichtern  
564 und positive Anreize zu schaffen, diese Ideen auch vorzutragen. Teil des Kulturwandels muss  
565 es sein, dass der Mut zur Veränderung auch im eigenen Arbeitsbereich gestärkt wird.

566 Verwaltungsreform umsetzen und Prozesse modernisieren

567 Die begonnene Aufgabenerfassung müssen wir hinsichtlich der Aufgabensortierung zu den  
568 Politik- und Querschnittsfeldern zügig weiterführen. Dabei sind die einzelnen Aufgaben auch  
569 einer Kritik zu unterziehen. Unser Ziel ist es, dass die Senatsverwaltungen die  
570 gesamtstädtischen Steuerungsaufgaben für ihre Politikfelder innehaben. Die Berliner Bezirke  
571 sollen Durchführungsaufgaben sowie die bezirklichen Steuerungsaufgaben übernehmen.

572 Verwaltungsprozesse wollen wir im Sinne des Dienstleistungsgedankens gegenüber den  
573 Berliner\*innen sowie der Berliner Wirtschaft und Stadtgesellschaft vereinfachen. Dabei  
574 setzen wir uns aber dafür ein, dass eine Modernisierung von Verwaltungsprozessen keine  
575 sozialen und ökologischen Standards untergräbt. Dafür brauchen wir Investitionen in die  
576 Digitalisierung. Um als moderner Dienstleister die Anliegen der Bürger\*innen und Unternehmen  
577 effizient und nutzer\*innenfreundlich zu bearbeiten, bedarf es einer konsequenten und  
578 beschleunigten Digitalisierung der Verwaltungsprozesse.

## 579 6.5. Kommunale Demokratie vor Ort gestalten

580 Wir wollen, dass gestaltende Demokratie in den Berliner Bezirken als kommunaler Ebene des  
581 Landes Berlins wirksam und erlebbar wird. Wir wollen die Bezirksverordnetenversammlung als  
582 Organe kommunale Selbstverwaltung weiter entwickeln, zum Beispiel dadurch, dass in Zukunft  
583 noch mehr ihrer Beschlüsse eine bindende Wirkung haben. Unser Ziel ist, die politische  
584 Verantwortung im Bezirksamt für die Bürger\*innen transparenter und ersichtlich zu machen,  
585 wer für welche Politik gerade steht.

586 Wir Bündnisgrüne stellen sechs Bezirksbürgermeister\*innen und elf weitere Stadträt\*innen. In  
587 allen zwölf Bezirksverordnetenversammlungen sind wir als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
588 vertreten und in drei Bezirken stellen wir die Vorsteher\*innen. Wir zeigen an jedem Tag vor  
589 Ort: Es macht einen Unterschied, wer regiert – sei es im Klimaschutz, beim Kampf gegen teure  
590 Mieten oder bei unserem Einsatz für eine bürger\*innennahe Verwaltung. Die Berliner Bezirke  
591 bilden das Herz der städtischen Demokratie und Verwaltung. Sie sind der erste  
592 Ansprechpartner für die Bürger\*innen mit ihren Anliegen. Der Zustand der Bezirksverwaltungen  
593 und der Berliner Kieze gibt den Bürger\*innen einen ersten Eindruck vom Funktionieren der  
594 Stadt und prägt maßgeblich das Vertrauen in die gesamte Berliner Verwaltung. Saubere  
595 Grünflächen und intakte Spiel- und Sportplätze sind für uns kein Nice-to-have, sondern eine  
596 essenzielle Daseinsvorsorge.

597 Als Verwaltung in den Kiezen und mit dem direkten Kontakt zu den Bürger\*innen kennen die  
598 Bezirksverwaltungen die Bedürfnisse vor Ort. Sie haben somit die Expertise, Entscheidungen  
599 für das bezirkliche Zusammenleben in den Kiezen unter Berücksichtigung der Bürger\*innen zu  
600 treffen.

601 Starke und handlungsfähige Bezirke garantieren

602 Unser Ziel ist es, dass in den Bezirken gleichwertige Lebensverhältnisse gegeben sind und  
603 bei der Bereitstellung des bezirklichen Leistungsangebotes die bezirklichen Bedürfnisse  
604 berücksichtigt werden.

605 Dafür wollen wir Grüne die Bezirke in der Umsetzung ihrer Durchführungsaufgaben sowie der  
606 bezirklichen Steuerungsaufgaben stärken. Die Senatsverwaltungen sollen sich daher auf die  
607 Aufgaben der gesamtstädtischen Steuerung konzentrieren. Bei der Umsetzung der  
608 gesamtstädtischen Steuerung setzen wir auf ein lösungs- und zielorientiertes Miteinander  
609 zwischen Senats- und Bezirksebene. Bei Entscheidungen auf gesamtstädtischer Ebene ist die  
610 Expertise frühzeitig mit einzubeziehen. Damit die Bezirke ihre Interessen gegenüber dem  
611 Senat effektiv durchsetzen können, wollen wir die Prozesse der Entscheidungsfindung  
612 innerhalb des Bezirksamtes als Kollegialorgan optimieren und die Rolle der  
613 Bezirksbürgermeister\*innen dabei stärken ohne grundsätzlich die Ressortverantwortlichkeit  
614 aufzuweichen.

615 Zugleich werden wir der im Rahmen der Verwaltungsreform geschaffenen Einigungsstelle eine  
616 zentrale Rolle im Abstimmungsprozess zwischen Landes- und Bezirksebene geben.

617 Wir wollen die Bezirke stärken, damit sie ihre Aufgaben zukunftsorientiert und  
618 servicefreundlich durchführen können und eine soziale, kulturelle und infrastrukturelle  
619 Daseinsvorsorge in allen Berliner Kiezen sichergestellt wird. Um dieses Ziel zu erreichen,  
620 werden wir das in der Berliner Verfassung verankerte Konnexitätsgesetz im Rahmen der  
621 Finanzierung der Bezirke etablieren. Das heißt, wir werden mit Blick auf Land und Bezirke  
622 das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“ konsequent umsetzen. Zur Sicherung der zeitnahen  
623 Bearbeitung bürger\*innennaher Dienstleistungen in den Bezirksämtern wollen wir das Konzept

624 der Springer\*innenpools (Flex:Units) ausbauen. Unser Ziel ist der Aufbau von zwei zentralen  
625 Flex:Units zur Entlastung temporärer Leistungsspitzen.

## 626 6.6. Sicheres Personal – Verwaltung zukunftsfähig 627 ausstatten

628 Die Mitarbeitenden in der öffentlichen Verwaltung sind der zentrale Erfolgsfaktor für eine  
629 funktionierende Daseinsvorsorge und die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen. Um eine  
630 leistungsfähige und bürgerorientierte Verwaltung zu erhalten, muss Berlin um die besten  
631 Köpfe und motivierte Beschäftigte werben.

632 Aufgrund der demografischen Entwicklung und des sich wandelnden Arbeitsmarktes steht das  
633 Land Berlin als Arbeitgeber vor großen Herausforderungen bei der Personalgewinnung sowie  
634 Personalbindung. Aktuell ist die Berliner Verwaltung aber nicht gut auf diese  
635 Herausforderung vorbereitet: Stellenbesetzungsverfahren sind zu langwierig, eine zentrale,  
636 behörden- und ebenenübergreifende Personalplanung findet nicht statt und häufig sind die  
637 Bezirke bei der Personalrekrutierung strukturell im Nachteil. Wir Bündnisgrüne wollen das  
638 ändern.

639 Personalbedarf strategisch planen und Beschäftigte wertschätzen

640 Unser Ziel ist es, den durch die rot-grün-rote Regierung bis 2023 aufgebauten  
641 Personalbestand im Land Berlin zu stabilisieren. Dies wollen wir mit Hilfe einer  
642 strategischen Personalbedarfsplanung erreichen, die sich am konkreten Bedarf für die  
643 Bereitstellung der öffentlichen Dienstleistungen ausrichtet.

644 Unser Ziel ist es, dass Berlin als attraktive Arbeitgeberin wahrgenommen wird. Dies wollen  
645 wir durch eine neue Kultur der Wertschätzung, Beteiligung und durch einen Ausbau der  
646 Entwicklungsmöglichkeiten für die Beschäftigten erreichen. Hierzu ist es uns wichtig,  
647 kritisches Denken zu fördern und Ideen der Beschäftigten bei Entscheidungen mit  
648 einzubeziehen. Wir werden die behördlichen Frauenvertreterinnen stärken, indem wir eine  
649 Hauptfrauenvertretung analog dem Hauptpersonalrat einrichten. Neben einer wertschätzenden  
650 Anerkennung der Leistungen der Beschäftigten steht für uns eine moderne und digitale  
651 Arbeitsausstattung im Mittelpunkt.

652 Berlin ist eine vielfältige Stadt. Unser Ziel ist es, die Vielfältigkeit auch in der  
653 Belegschaft der Berliner Verwaltung abzubilden. Wir verstehen Mehrsprachigkeit als Gewinn,  
654 auch in der Verwaltung. Um hier besser voranzukommen, werden wir sprachliche Zugangshürden  
655 im Einstellungsprozess senken. Die Verwaltung kann dann die Probezeit zum Ausbau von  
656 Deutschkenntnissen nutzen, indem sie ihren Mitarbeiter\*innen die Teilnahme an  
657 berufsbezogenen Sprachkursen wie dem Job-BSK anbietet oder entsprechend eigene  
658 verwaltungsbezogene Sprachkurse entwickelt. Wir Grüne erkennen die verschiedenen  
659 Lebensrealitäten der Beschäftigten des Landes Berlin an und wollen sie bei der Entwicklung  
660 neuer Arbeitsmodelle berücksichtigen. Unser Ziel ist es, eine stärkere Flexibilisierung  
661 durch mobiles Arbeiten, Job-Sharing und Führen in Teilzeit zu ermöglichen. Bei der Umsetzung  
662 neuer Arbeitsmodelle ist für uns zentral, dass dies auf freiwilliger Basis und unter  
663 Einbeziehung der Personalvertretung erfolgt. Die Möglichkeit des Quereinstiegs in die  
664 Berliner Verwaltung wollen wir verstärkt durch zielgerichtete Onboarding- und  
665 Weiterbildungsangebote erleichtern.

666 Die Beschäftigten der Bezirke, des Landes und der Landesämter halten Berlin am Laufen.  
667 Gewaltsame Übergriffe und Beleidigungen sind für uns daher absolut inakzeptabel. Daher

668 fördern wir Maßnahmen zur Gewaltprävention und Unterstützung von Gewaltbetroffenen sowie  
669 eine Wechseljahres-Strategie für die Beschäftigten.

670 Das Landesverwaltungsamt wollen wir zum zentralen Personaldienstleister für die gesamte  
671 Berliner Verwaltung weiterentwickeln. Dadurch sollen Verfahren im gesamten Personalbereich  
672 effizienter ausgestaltet werden. Strukturelle Benachteiligungen bei der Personalgewinnung  
673 und bei der Personalbindung in den Bezirken wollen wir abbauen. Die diskriminierende Praxis  
674 der Nichtverbeamtung aufgrund des Gewichts werden wir beenden.

675 Nachwuchs für die Verwaltung gewinnen

676 Unser Ziel, mehr junge Menschen für eine berufliche Zukunft im öffentlichen Dienst zu  
677 gewinnen, wollen wir durch eine Ausbildungsoffensive erreichen. Sowohl die duale Ausbildung,  
678 duale Studiengänge als auch Trainee-Programme sehen wir als gleichwertige Säulen der  
679 Nachwuchsförderung an. Diese wollen wir gezielt ausbauen und zukunftsfähig gestalten. Auch  
680 die Möglichkeiten der Etablierung des Beschäftigtenwohnens wollen wir in Angriff nehmen.

681 Wichtig ist uns dabei, gezielt Entwicklungsmöglichkeiten und Karrierewege in der  
682 öffentlichen Verwaltung aufzuzeigen. Dazu werden wir die Berufsorientierung auf  
683 verschiedenen Ebenen stärken und die Möglichkeit von Schulpraktika ausbauen.

## 684 6.7. Digitale Verwaltung – modern, zugänglich und 685 sicher

686 Berlin ist eine Metropole mit vielen digitalen Start-ups und Innovationen. Die Berliner  
687 Verwaltung hat bei der Digitalisierung allerdings noch Aufholbedarf. Wir Bündnisgrüne wollen  
688 eine Verwaltung, deren digitale Dienstleistungen für alle funktionieren. Digitalisierung der  
689 Verwaltung muss sich am Menschen orientieren, sollte resilient, nachhaltig,  
690 diskriminierungsfrei und sicher sein. Um dies voranzubringen, sind Räume notwendig, in denen  
691 Mitarbeitende innovative und kreative Ansätze verfolgen können. Auch möchten wir die  
692 bestehenden Mitarbeitenden in den Verwaltungen besser fort- und weiterbilden; insbesondere  
693 in Digitalthemen, sowohl mit Blick auf Grundkenntnisse als auch hinsichtlich  
694 fortgeschrittener technischer Kenntnisse. Es braucht eine offene Fehlerkultur, mehr  
695 Möglichkeiten des kollaborativen Arbeitens und eine lernfähige Verwaltung. Wir wollen eine  
696 konsequent nutzendensorientierte Verwaltung etablieren, in der klare Zuständigkeiten  
697 existieren, damit das „Behörden-Pingpong“ der Vergangenheit angehört. Zukünftig werden immer  
698 weniger Mitarbeitende für immer mehr Aufgaben zur Verfügung stehen. Deshalb muss auf die  
699 Verwaltungsreform konsequent die Modernisierung von Prozessen und deren Digitalisierung  
700 folgen, ohne die Verwaltung dabei von Tech-Unternehmen abhängig zu machen, denen Profit  
701 wichtiger ist als Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

702 Digitale Services an den Menschen orientieren

703 Wir Grüne wollen, dass jeder Kontakt mit Behörden ohne stressige Terminvergabe,  
704 Warteschlangen oder Formularchaos funktioniert. Dass City-WLAN, Transparenz- und Datenportal  
705 sowie eine Berlin-App mit allen Dienstleistungen der Berliner Verwaltung und Informationen  
706 aus der Nachbarschaft ein selbstverständlicher Teil des Berliner Alltags sind. Berlin  
707 braucht eine digitale Verwaltung, die unabhängig, sicher und resilient ist. Wir wollen, dass  
708 Daten und Lizenzen in öffentlicher Hand liegen und alle Systeme die Prinzipien „Privacy by  
709 Design“ und „Security by Design“ verfolgen. Um eine gemeinwohlorientierte Digitalisierung zu  
710 ermöglichen, richten wir einen Digitalrat als unabhängiges, paritätisch besetztes

711 Expert\*innengremium ein mit Vertreter\*innen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Verwaltung,  
712 Wirtschaft und der Tech-Community, der den Senat berät.

713 Wir schaffen Services, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Unser Ziel ist  
714 ein digitales Bürger\*innenamt mit Videoberatung, Einfacher Sprache, digitalen Assistenzen,  
715 barrierefreier mobiler Nutzung und Echtzeit-Statusanzeigen für Anträge. Das Service-Portal  
716 wird zur zentralen Anlaufstelle für alle Lebenslagen – etwa Umzug, Geburt oder Pflegebedarf  
717 –, statt sich weiter an Ämter- oder Zuständigkeitsgrenzen zu orientieren. Ein wichtiges  
718 Prinzip für die Umsetzung ist die Nachnutzung von Lösungen aus anderen Bundesländern, dem  
719 Bund oder von der EU, bevor Berlin selbst Software entwickeln oder anpassen lässt. Zudem  
720 soll jede neue und bestehende Leistung systematisch auf ihr Automatisierungspotenzial  
721 geprüft werden. Gemeinsam mit dem CityLAB Berlin entwickeln wir erprobte Projekte zu  
722 stadtweiten Lösungen weiter. Parallel dazu schaffen wir niedrigschwellige  
723 Unterstützungsangebote vor Ort: in Stadtteilzentren, Pflegestützpunkten, mobilen  
724 Bürger\*innenämtern und durch direkte Unterstützung bei der Antragstellung.

725 Verwaltungsdigitalisierung erfolgreich umsetzen

726 Wir wollen das Digitalgesetz für Berlin vollenden. Damit schaffen wir die Grundlage für die  
727 weitere Digitalisierung der Berliner Verwaltung. Dabei setzen wir auf verbindliche Standards  
728 für die digitale Barrierefreiheit, den Vorrang von Open Source, digitale Souveränität und  
729 die proaktive Bereitstellung öffentlicher Daten (Open Data). Es muss gelten: Public Money,  
730 Public Code. Aufträge zur Softwareentwicklung werden wir deshalb nur noch für Open Source-  
731 Projekte vergeben. Wir verankern ein Recht auf digitale Kommunikation mit der Verwaltung und  
732 überführen das Onlinezugangsgesetz (OZG) in Berliner Landesrecht. Neu eingeführt wird ein  
733 „digitales Konnexitätsprinzip“, um sicherzustellen, dass auch bei der Zuweisung digitaler  
734 Aufgaben derjenige zahlt, der bestellt. Gemäß dem Prinzip „Once Only“ entwickeln wir  
735 digitale Verwaltungsleistungen weiter, wo es möglich und sinnvoll ist. Dazu braucht es auch  
736 eine intensivere Kooperation mit dem Bund und anderen Bundesländern, um bestehende IT-  
737 Lösungen ausschöpfen oder gemeinsam neue IT-Lösungen entwickeln zu können.

738 Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung bietet einiges Potenzial. Er kann  
739 Prozesse effizienter und schneller machen und alltägliche Arbeitsabläufe vereinfachen.  
740 Gleichzeitig birgt Künstliche Intelligenz erhebliche Risiken, insbesondere was strukturelle  
741 Diskriminierung angeht. Deshalb werden wir den Einsatz von künstlicher Intelligenz auf eine  
742 rechtliche Grundlage stellen, die gegen Risiken Vorsorge trägt, Funktionsgrenzen der KI  
743 berücksichtigt und datenschutzrechtliche Grundsätze wahrt. Am Ende ist für uns klar, dass  
744 Entscheidungen für Menschen immer von Menschen getroffen werden müssen.

745 Digitale Souveränität für die digitale Freiheit der Berliner\*innen

746 Digitale Souveränität bei Anwendungen künstlicher Intelligenz zu schaffen, ist nicht nur  
747 eine technologische, sondern vor allem eine gesellschafts- und demokratiepolitische  
748 Herausforderung. Deutschlands und Europas Abhängigkeit von US- und chinesischen  
749 Technologiekonzernen gefährdet unsere Handlungsfähigkeit. Nur durch den konsequenten Aufbau  
750 europäischer Cloud-, KI- und Digitalinfrastrukturen, klare Souveränitätskriterien in der  
751 Beschaffung sowie staatliche Förderung offener, sicherer und interoperabler Lösungen kann  
752 diese Abhängigkeit überwunden und unsere Demokratie geschützt werden. Dabei bevorzugen wir  
753 KI-Systeme aus Deutschland oder Europa, am besten Open-Source, um Abhängigkeiten von großen  
754 Tech-Konzernen zu verringern und Transparenz zu schaffen.

755 Zur Stärkung einer souveränen IT-Infrastruktur in öffentlicher Hand werden wir das IT-  
 756 Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ Berlin) zu einem landeseigenen Plattformanbieter  
 757 ausbauen. Die Steuerung des IT- Dienstleistungszentrums Berlin (ITDZ) soll hinsichtlich  
 758 klarer Verantwortlichkeiten, eigener Expertise im Bereich Projektmanagement und der  
 759 technischen Projektumsetzung gestärkt werden. Open-Source-Lösungen mit offenen  
 760 Schnittstellen und transparentem Quellcode haben Vorrang vor proprietären Angeboten.  
 761 „Privacy by Design“ und „Security by Design“ gelten bei jeder Softwareentwicklung:  
 762 Datensparsamkeit, Ende-zu-Ende-Verschlüsselung, lokale Datenhaltung und barrierefreie  
 763 Nutzbarkeit sind verbindlich. Zugriffe auf personenbezogene Daten werden dokumentiert und  
 764 sind für Betroffene einsehbar, um vor Missbrauch zu schützen. Geprüft werden digitale  
 765 Durchführbarkeit, Barrierefreiheit, Verständlichkeit und Nutzendenorientierung. Dabei setzen  
 766 wir auf Co-Creation verschiedener Fachressorts, IT-Expert\*innen, Zivilgesellschaft und  
 767 Nutzende.

## 768 Zukunftsprojekte für Berlin (Kapitel 6)

769 Katastrophenschutz modernisieren – ressortübergreifende  
 770 Resilienzstrategie entwickeln

771 Wir Bündnisgrüne wollen, dass Berlin im Krisenfall vorbereitet ist. Dafür braucht es  
 772 umfassende Risikoanalysen und Katastrophenschutzpläne in allen Bereichen mit klaren  
 773 Verantwortlichkeiten und einer Vernetzung zwischen den Akteur\*innen. Wir werden dazu eine  
 774 ressortübergreifende Resilienzstrategie entwickeln, die zentral koordiniert wird. Neben der  
 775 klassischen Krisenbewältigung werden dabei auch Strategien implementiert, die Vorsorge für  
 776 aufkommende Krisen betreiben und Anpassungen an veränderte Lagen vornehmen, insbesondere  
 777 auch Maßnahmen der Klimaanpassung. Darüber hinaus werden wir das Katastrophenschutzgesetz  
 778 überarbeiten, sowie ein gesetzliches Notfallregister einführen, um im Ernstfall Hilfe und  
 779 Unterstützung besser koordinieren zu können. Wir werden die Menschen in unserer Stadt  
 780 außerdem dabei unterstützen, im Krisenfall Selbsthilfe leisten zu können. Für die  
 781 Vermittlung von Krisenkompetenzen wollen wir einen Berlin-Leitfaden für alle Haushalte  
 782 entwickeln, ein Katastrophenschutz-Lernzentrum schaffen und Erste-Hilfe-Kurse an Schulen  
 783 verankern. Die Katastrophenschutzleuchttürme werden wir angemessen ausstatten und  
 784 konzeptionell als Notanlaufpunkte für die Bevölkerung ausgestalten. Wer heute in Resilienz  
 785 investiert, schützt morgen Menschenleben und unsere Infrastruktur.

786 Opfer von Straftaten unterstützen – ein Landesopferschutzgesetz für  
 787 Berlin

788 Wir Bündnisgrüne setzen uns für ein Landesopferschutzgesetz (Gesetz zur Unterstützung  
 789 Betroffener von Straftaten – UBSG) ein, das Betroffenen von Straftaten einen Rechtsanspruch  
 790 auf Unterstützung gibt. Es schreibt einen proaktiven Ansatz fest, verankert Prävention und  
 791 Täter\*innenarbeit gesetzlich und sichert die dauerhafte Finanzierung der Berliner  
 792 Opferschutzeinrichtungen und Beratungsstellen ab. Zugleich schafft es eine Rechtsgrundlage  
 793 für die schnelle, aber auch sichere Weitergabe von personenbezogenen Daten, damit Betroffene  
 794 ein passgenaues Unterstützungsangebot erhalten.

795 Ein digitales Bürger\*innenamt für Berlin

796 Unser Ziel ist die Einrichtung eines digitalen Bürger\*innenamts für Berlin. Es wird  
797 Verwaltungsdienstleistungen mittels Videoberatung und digitaler Assistenzen anbieten. Eine  
798 barrierefreie mobile Nutzung und die Verwendung Einfacher Sprache sollen dabei  
799 sichergestellt sein. So ermöglichen wir einen zügigen und unkomplizierten Zugang für alle  
800 Menschen. Außerdem wird es Statusanzeigen für Anträge in Echtzeit geben, damit die  
801 Bürger\*innen jederzeit über den Bearbeitungsstand informiert sind und besser planen können.  
802 Das ServicePortal Berlin wird zur zentralen Anlaufstelle für alle Lebenslagen – etwa Umzug,  
803 Geburt oder Pflegebedarf –, statt sich weiter an Ämter- oder Zuständigkeitsgrenzen zu  
804 orientieren.